

Rückblick 2008: **Die Wiederentdeckung der Region in Zeiten systemischer Umbrüche**

von Ulf Hahne

In Zeiten globaler Erschütterungen erfahren ländliche Räume eine höhere Aufmerksamkeit: Kann die metropolitane Industriegesellschaft ihre negativen Begleiterscheinungen nicht mehr selbst bewältigen, so sollen ihre ländlichen Räume wirtschaftliche Stabilität und ökologische Entlastung bringen. Besonders geschürt wurde dies im Jahr 2008 durch die Themen Klimawandel, Energiepreisentwicklungen und den Finanzcrash. Die Erwartungen an ländliche Räume als Klimagasenken, als Wasserspeicher und als Energiesicherer werden immer stärker. Der Finanzcrash des Jahres 2008 wirft zudem zusätzliche Fragen an den Fortbestand einer ungebremsten Globalisierung auf. Diese ökologisch-ökonomischen Entwicklungen und ihre Folgen – eine weltweite Wirtschaftskrise – verstärken die Suche nach neuen Lösungen. Eine stärkere Orientierung auf regionale Kreisläufe wäre eine Alternative.

Zufluchtsort Region in der Globalisierungspause

Das System der Globalisierung wurde im Jahr 2008 heftig erschüttert. Zunächst führte die Energiepreisexplosion zur verstärkten Suche nach Auswegen aus der Abhängigkeit von Öl und Gas – und hierbei spielen ländliche Regionen als Produktionsstandorte für erneuerbare Energien eine zentrale Rolle. Die gestiegenen Transportkosten bedeuten aber auch ein Hemmnis für die weitere Globalisierung, gleich ob es um den Austausch von Gütern oder um Geschäfts- und Urlaubsreisen geht. Ein wichtiger Motor – neben der Liberalisierung – stottert, und schon bekommen regionale oder kleinräumigere Lieferverflechtungen eine neue Bedeutung.

Ein zweiter Motor der Globalisierung sind Kapitalflüsse. Außenhandel und Investitionen beruhen auf Vertrauen (und Verträgen). Hier führt die Vertrauenskrise auf den Kapitalmärkten zu erheblich höheren Beschaffungskosten – spürbar bis in die Kreditvergabe an Kleinstunternehmen. Der dritte zu nennende Motor ist die Konjunktur. Sie wird nach dem Bankencrash und daraufhin erfolgenden staatlichen Rettungsaktionen (und verstärkter Regulierung) zu einem deutlichen Einbruch kommen – wiederum sinken Außenhandelsvolumen und Investment. Schließlich werden Klimafolgen und Energiekosten eine Reduktion des globalen Handels verursachen.

*Krise der
Globalisierung ...*

**... Renaissance
des Regionalen**

So kommt der regionalen Ebene neue Bedeutung zu: Im regionalen Austausch sind Transaktions- und Transportkosten gering, die Akteure kennen sich (Faktor Vertrauen), auf die soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung der jeweiligen Partner kann eingewirkt werden. In der Wirtschaftskrise sind ländliche Räume schon immer auch Stabilisierungsfaktoren gewesen, ihre Beschäftigung und Wirtschaftsleistung geht weniger stark zurück als die der Verdichtungsräume (je stärker sie aber von globalen Bedingungen abhängen, desto eher sind auch sie getroffen – siehe dazu den Abschnitt dieses Beitrages zu Klima und Wald). Mit den neuen Anforderungen an eine nachhaltige, klimaschonende und energieeffiziente Lebens- und Wirtschaftsweise wird der Fokus vom weltumspannenden Weg mehr in Richtung regionaler Verflechtungen gelenkt. Und dass hier sogar Bürgerkapital Auswege aus der Finanzkrise zum Wohle der Region weisen kann, zeigt der letzte Abschnitt dieses Beitrags.

Klimawandel, Biodiversität und Regionalentwicklung

Die systemische Anfälligkeit des globalen Austauschs wird auch im Klimabereich immer deutlicher. Alle Szenarien zeigen ein immer größeres Bedrohungspotenzial, das regional erhebliche Unterschiede birgt. Was die Regierenden zum Handeln treibt, sind auch hier nicht die ökologischen, sondern die ökonomischen Argumente: Abwarten multipliziert die späteren Anpassungs- und Reparaturkosten. Immer stärker wird daher auch in den Bereichen von Klimawandel und Biodiversität mit ökonomischen Vermeidungskosten künftiger Belastungen gearbeitet – sei es im Klimabereich (1) oder im Bereich der Biodiversität (2).

Regionalentwicklung kann durch Verkehrsreduzierung viel zu Klimaschonung und Treibhausgas-Vermeidung beitragen:

**Beitrag
zum
Klimaschutz**

- durch die Wirtschaftsweise der Region (Güterverkehre),
- durch die Lebensweise der Bewohner (Regionale Produkte und Individualmobilität),
- durch die Siedlungsweise (kompakte dezentrale Siedlungsweisen ohne Hochverdichtung).

Regionalentwicklung kann durch Planung viel zur Reduktion von Naturgefahren beitragen. Folglich muss der nachhaltigen Waldwirtschaft, dem Ökologischen Landbau und dem nachhaltigen Flussgebietsmanagement mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Erste Regionen (z. B. in Ostfriesland) überlegen zudem, wie das Wasserdargebot besser verstetigt werden kann, um die zunehmenden Trockenzeiten leichter zu überstehen. Da man in Zeiten des Wasserüberflusses viel Süßwasser in das Meer pumpt, liegt es auf der Hand, neue Speicherseen anzulegen, um Reserven für Trockenperioden vorzuhalten. Dies wäre ein erneuter, zusätzlicher Anspruch an die Fläche. Konflikte und Konkurrenzen sind ebenso wie beim Anbau von Biomasse für Energiezwecke nicht auszuschließen.

Längst hat sich herumgesprochen, dass eine regional orientierte Lebensweise wesentliche Vorteile in Klimaschutz und Transportkosten erbringen kann. Hierzu findet sich der lesenswerte Beitrag „Local Food“ von Martin Demmeler in diesem Kapitel des Kritischen Agrarberichts.

OECD-Prüfbericht ohne Folgen?

**Agrarlastigkeit
der Politik**

Zwar hat der OECD-Prüfbericht zur Politik für die ländlichen Räume in Deutschland (3) viele Reaktionen hervorgerufen, doch Konsequenzen lässt die Politik auf Bundesebene weiter vermissen. Die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zwischen Oktober 2006 und Januar 2008 (Abschluss auf der Grünen Woche) erstmals veranstaltete Konferenzreihe zur „Zukunft ländlicher Räume“ nahm das Thema auf. Mehrfach wurden die zentralen Punkte der Kritik angesprochen.

Da ist an oberster Stelle nach wie vor die Agrarlastigkeit der Politik für die ländlichen Räume in Deutschland zu bemängeln. Inzwischen hinkt die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ den Elementen des neuen europäischen

ELER-Fonds gerade in wichtigen Bereichen der integrierten ländlichen Entwicklung hinterher. Fehlt hier also die Unterstützung von ELER durch die GAK, so beschränken einige Länder durch ihre Auswahl die ELER-Möglichkeiten selbst weiter. Einige Beiträge der Abschlusskonferenz des BMELV wiesen auf die Mängel in diesem Bereich hin (4).

Beklagt wurde dort ebenfalls die fehlende vertikale und horizontale Koordination der unterschiedlichen Politikbereiche, die in den ländlichen Räumen Deutschlands wirksam werden. Insbesondere der Vertreter der OECD benannte die Kernprobleme der nationalen Entwicklungspolitik für die ländlichen Räume. Die zur Grünen Woche vom BMELV vorgelegte „Konzeption zur Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume“ greift diese Fragen jedoch nicht auf, obwohl sie sich differenziert mit „ressortübergreifenden Handlungsfeldern“ befasst.

Gleichwohl ist es erstmals gelungen, auf der Grünen Woche eine breite Fachdiskussion zum Themenfeld ländliche Regionalentwicklung zu etablieren. Die gute Resonanz und die Offenheit der Veranstalter gerade auch für kritische Beiträge zeigt, dass das BMELV mit der Kopplung der Konferenz an die Grüne Woche einen geeigneten Schritt zur Zukunftsdebatte gegangen ist. Es ist zu hoffen, dass nicht nur die Debatte weitergeführt wird (vielleicht mit einem weniger vollen Programm und einer geringeren Zahl von Parallelveranstaltungen), sondern auch die Politik die Impulse aufgreift. Wie notwendig dies weiterhin ist, zeigt auch der erneute Versuch des Bundesverkehrsministeriums, den Begriff der ländlichen Räume aus der zum Ministerium gehörenden Raumbearbeitung zu tilgen – dazu der nachfolgende Abschnitt.

**Zukunftsdebatte
eröffnet**

Neue Typisierung ländlicher Räume

Nach der nun auch nicht mehr neuen Erkenntnis, dass es *den* ländlichen Raum nicht gibt, werden immer neue Raumtypisierungen entwickelt. Dabei helfen neue (vor allem nicht-amtliche) Datensätze auf kleinräumiger Ebene und ihre Verarbeitung in GIS-Karten (GIS = Geo-Informationssysteme). Die Folge sind immer umfangreichere und stärker ausdifferenzierte Typologien. So hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung seine Typisierung weiterentwickelt und ist von der Kreisebene (439 Einheiten) auf die viel differenziertere Ebene der Gemeindeverbände (4.698 Einheiten) gegangen und hat diese Typisierung mit allein sieben Typen für ländliche Räume im Jahr 2008 vielfach bekannt gemacht (5).

Diese Ausdifferenzierung ist für die wissenschaftliche Erkenntnis analytisch häufig hilfreich, aber was nützt sie der Politik? Für Politikansätze – etwa die Förderung ländlicher Räume – ist eine derartige Typisierung unbrauchbar, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen suggeriert sie, dass die neu abgegrenzten Räume besondere Einheiten darstellen. Tatsächlich aber werden nur bestimmte, nämlich die ausgewählten Phänomene beschrieben, über Ursachen oder Verknüpfungen mit Ansätzen für künftige Veränderungen werden keine Informationen vermittelt. Umso interessanter sind daher die gewählten Indikatoren: einerseits werden hier wie gehabt Strukturmerkmale (wie Siedlungsdichte) verwendet, andererseits aber Lagetypen nach der Erreichbarkeit im motorisierten Individualverkehr benannt. Heraus kommt aufgrund des zweiten Indikators ein Bild der Bundesrepublik mit guter Erreichbarkeit entlang der Autobahnen. Dies ist tautologisch: Definiere ich die Erreichbarkeit über die Autofahrt zur nächsten Großstadt, dann erklärt die ausgewiesene Achse nichts. Der Raum im Umfeld der Achse bleibt ländlich, er ist keineswegs „zentraler“ geworden, wie die Typologie behauptet.

Zum anderen wirkt die neue Raumtypisierung als Aufforderung an die Politik, die Typen für politische Ansätze zu übernehmen. Soll man der Typisierung nun mit kleinräumigen Ansätzen folgen und entsprechend differenzierte Programmierungen auflegen? Dies würde einen erheblichen Aufwand erfordern, zielgenau in klein(st)en Raumeinheiten zu steuern und für die wachsenden Raumüberschneidungen entsprechende Koordinierungsrunden vorzusehen. Für Politikansätze ist diese Raumtypisierung wenig brauchbar (6).

Daher bleibt zu fragen: Was treibt die für Raumordnung zuständige Bundesbehörde, eine derartige Typisierung vorzulegen? Es ist offenbar erneut der implizite Versuch, die Raumkategorie des ländlichen Raumes in der Diskussion um die bundesdeutsche Raumentwicklung zu tilgen. So wäre es den Befürwortern leichter, den Metropolregionenansatz voranzubringen. Gleichwohl ist

**Wissenschaftlich
hilfreich ...**

**... politisch
unbrauchbar**

weder in Wissenschaft noch in Politik ausgemacht, dass die Förderung der Metropolregionen Wettbewerbs- und Effizienzvorteile schafft. Eher wäre in diesen Zeiten zu fragen, ob nicht die dezentralen Siedlungsstrukturen eine viel bessere Voraussetzung sind, das wachsende soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verringern.

GAK und die digitale Spaltung der Gesellschaft

Immerhin eine Änderung in der GAK dient dazu, die technologische Abspaltung vieler ländlicher Gemeinden zu vermindern. Schnelle Breitbandverbindungen ins Internet ermöglichen die rasche weltweite Kommunikation. Hier sind viele ländliche Gebiete in Deutschland noch bei der Technologie des vergangenen Jahrhunderts mit langsamen Telefonverbindungen stecken geblieben, weil der Ausbau zu schnellen Breitbandverbindungen sich nur in hochverdichteten Regionen lohnt.

**Digitale
Standortnachteile
bleiben**

Nun ermöglicht die GAK die Förderung von Breitbandanschlüssen für Gemeinden im ländlichen Raum, um die digitale Spaltung abzubauen. Einige Bundesländer haben den bescheidenen Budgetansatz der GAK mit eigenen Programmen ergänzt (Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein). Aber auch diese Budgets lassen ein rasches Schließen der digitalen Lücke nicht erwarten; immerhin ist ein Anfang gemacht, die digitalen Standortnachteile ländlicher Regionen aufzuheben.

Wettbewerb BioEnergie-Regionen

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Zeichen der Zeit erkannt und im Jahr 2008 einen Wettbewerb „BioEnergie-Regionen – Bundeswettbewerb zum Aufbau regionaler Netzwerke im Bereich der Bioenergie“ (7) ausgelobt. Er richtet sich an Regionen, welche langfristig zu mehr Eigenständigkeit bei Erzeugung und Einsatz von Bioenergie gelangen wollen.

Der Wettbewerb soll einen Beitrag zum Klima- und Energiepakt der Bundesregierung leisten und folgende nationale Ziele bedienen:

- Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der Bioenergie für den ländlichen Raum,
- Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele Deutschlands,
- Schaffung von Alternativen zu Energieimporten,
- Vorbildregionen mit innovativen Energiekonzepten.

Auf regionaler Ebene sollen folgende Wettbewerbsziele verfolgt werden:

- Regionale Wertschöpfung,
- Schaffung nachhaltiger Strukturen und Erhöhung der Lebensqualität,
- Aufbau von Bioenergie-Netzwerken,
- Wissenstransfer und Qualifizierung,
- Motivation von Akteuren aus Bevölkerung, Unternehmen und Politik,
- Abbau und Entschärfung von Konflikten im Bereich Bioenergie.

Gute Resonanz ...

Der Wettbewerb ist organisatorisch ähnlich aufgebaut wie der frühere Wettbewerb „Regionen Aktiv“ und besteht aus mehreren Phasen. Die Bewerbung erfolgte in zwei Stufen: Bis Ende Juni 2008 waren Kurzbewerbungen einzureichen. In der Folge sollten 30 Regionen ausgewählt werden, welche bis Ende November ein fachbezogenes Regionales Entwicklungskonzept ausarbeiten sollten. Aus den 30 Regionen sollten dann bis zu 16 Siegerregionen ausgewählt und anschließend bei der Umsetzung ihres Konzepts bis 2011 drei Jahre lang finanziell und fachlich unterstützt werden. Die Fördermittel sind dabei vor allem dem Ausbau von Kommunikationsmaßnahmen vorbehalten. Investitionen können nicht gefördert werden.

Der Wettbewerb ist auf großes Interesse gestoßen: Insgesamt reichten 210 Regionen ihre Bewerbungen ein. Dabei bewarben sich einzelne Gemeinden ebenso wie Teilräume oder gesamte

Landkreise sowie auch noch größere Zusammenschlüsse. Aufgrund des großen Interesses sind Jury und Ministerium übereingekommen, statt 30 sogar 50 Regionen für die zweite Stufe auszuwählen und statt 16 nun 25 Konzepte für die dritte Stufe zuzulassen. Allen „Siegerregionen“ winken dann (unverändert) bis zu je 400.000 Euro zur Weiterentwicklung und Umsetzung ihrer Konzepte.

Ein Wettbewerb ist immer ein gutes Mittel, um neue Ideen voranzubringen. Gleichwohl sind die Ideen im Bereich Bioenergieregionen längst vorhanden. Eine Fülle von Modellvorhaben und Forschungen befasst sich mit diesem Bereich (u. a. das Forschungsprojekt „Entwicklungsperspektiven für nachhaltige 100%-Erneuerbare-Energie-Regionen in Deutschland“ des Bundesumweltministeriums). Förderungen bestehen vielfach. Und es gibt eher Einwände gegen manche Wege der Bioenergieförderung (Energieeffizienz, Klimaneutralität, Biodiversität, Landschaftsbild etc.). Daher sollte intensiver an der rechtlichen Ausgestaltung der Förderung und den institutionellen Rahmenbedingungen gearbeitet werden (EEG, Biomasse-Verordnung, Entwurf zur Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung, gute fachliche Praxis etc.). Vorschläge liegen dem Bundesamt für Naturschutz inzwischen vor (8).

... wenig Neues

Wettbewerb Gesundheitsregionen der Zukunft

Der regionalen Wettbewerbe nicht genug: Einmal entdeckt, wird der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für neue Lösungen gesellschaftlicher Probleme auch auf dem Themenfeld der regionalen Gesundheitsvorsorge aufgegriffen. Hier ist es das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das im Jahr 2008 den Wettbewerb „Gesundheitsregionen der Zukunft“ ausrief. Mit den daraus resultierenden Beispiellösungen will das BMBF die Akteure aus Forschung, Entwicklung und Versorgung regional zusammenbringen.

Die Ziele des Wettbewerbs lauten:

- Erschließung der Potenziale einer Region für Innovationen im Gesundheitswesen,
- nachhaltige Stärkung der regionalen Wertschöpfungsketten in der Gesundheitswirtschaft,
- bessere Gesundheitsversorgung durch gesteigerte Qualität und effizientere Prozesse.

Ähnlich wie beim Wettbewerb BioEnergie-Regionen ist auch dieser Wettbewerb zweiphasig ausgelegt. Zunächst konnten sich Regionen mit einem Grobkonzept für die erste Phase bewerben (Beteiligung: 85 Regionen). Im Juni 2008 wurden die 20 Gewinnerregionen bekannt gegeben. Gewinner sind neben Metropolen wie Hamburg und Stuttgart auch ländliche Regionen wie Dingolfing und Ortenau/Kinzigtal oder Großregionen mit hohem Anteil ländlicher Räume wie Nordhessen. Nun erhalten die Gewinner je 100.000 Euro, um ihre Konzepte auszuarbeiten und im Frühjahr der Jury erneut vorzulegen. Anschließend sollen fünf Regionen für vier Jahre mit bis zu je zehn Millionen Euro bei der Umsetzung unterstützt werden.

Themenfeld
der
Zukunft

Mit dem Thema Gesundheit wird damit ein weiteres wichtiges Themenfeld der Zukunft angegangen. In städtischen wie in ländlichen Regionen werden die Konzepte dabei auch darauf einzugehen haben, dass die klimabedingten Gesundheitsbelastungen in unterschiedlicher Weise steigen werden. Bemerkenswert ist der Unterschied in der Finanzausstattung der beiden Wettbewerbe.

Klimawandel, Wald und Holzwirtschaft

Um nur ein Thema zu Klimawandel und Regionalentwicklung herauszugreifen, sei kurz auf die Entwicklungen in walddreichen Regionen eingegangen.

Mit massiven Subventionen sind in den vergangenen Jahren die weltgrößten Sägewerke in den östlichen Bundesländern entstanden. Einige der Werke zielten dabei vollständig auf die Globalisierung – mit Standorten, die waldärmer nicht sein konnten: Man denke an Wismar, das sich mit dem Import baltischen und russischen Holzes zu einem wichtigen Verarbeitungscluster aufschwung und von wo aus Produkte weltweit exportiert wurden. Ein zentraler Exportmarkt waren

Regionalentwicklung im Spannungsfeld der Globalisierung – Stellenwert des Handwerks in Deutschland

Unter diesem Titel legten im April 2008 Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und Bundesverband der Regionalbewegungen (BRB) ein gemeinsames Positionspapier vor (11). Wir dokumentieren es hier in von uns gekürzter Fassung.

„Präambel

Regionalität prägt zunehmend die gesellschaftliche Diskussion. Regionalität ist Ausdruck einer Verantwortungs- und Wertegesellschaft und Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften und Zusammenleben. Regionen delegieren Verantwortung dahin, wo sie hingehört – zu den Menschen vor Ort.

Nachhaltiges Wirtschaften gekoppelt mit bürgerschaftlichem Engagement, Nachbarschaft und Toleranz sind Grundwerte, die die Regionalbewegung und das deutsche Handwerk teilen.

1. Familiengeführte Betriebe

Das Handwerk wird von Persönlichkeiten geprägt, die glaubwürdig die Tradition der mit der Region verbundenen Familienunternehmen verkörpern. Familiengeführte Betriebe machen 90 Prozent der Unternehmen im Handwerk aus.

2. Gesellschaftliche Verantwortung vor Ort

Ohne ortsansässige Bäckereien, Fleischereien, Frisöre, Baubetriebe und zahlreiche andere Gewerke mit ihren Meistern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind gesellschaftliche Strukturen kaum lebensfähig zu halten.

3. Globalisierung und Regionalisierung

Handwerksbetriebe zeigen Weltoffenheit – bei gleichzeitig fester Verwurzelung in der Region. Aufgrund ihrer hohen Qualifikation können sich Handwerksbetriebe an wandelnde Ansprüche flexibel anpassen. Handwerker kennen die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen vor Ort eingehend und wissen, wie man regionale Ressourcen nutzen und weiterentwickeln kann.

4. Tradition und Innovation

Handwerksbetriebe sind Aktivposten in ihrer Region: Sie gestalten Lebensqualität in besonderer Weise durch ihr wirtschaftliches Handeln und ihre gesellschaftlichen Initiativen selbst mit.

5. Einheit von Ökologie und Ökonomie

Im Handwerk wird die Einheit von Ökologie und Ökonomie praktiziert. Entgegen der weit verbreite-

ten Wegwerfmentalität wird im Handwerk repariert, in Stand gesetzt, gewartet und gepflegt – im wahrsten Sinne nachhaltig gearbeitet.

6. Klimaschutz durch kurze Wege

Eine nachhaltige Entwicklung von Regionen und Städten ist ohne das Handwerk nicht denkbar. Handwerker kommen auf kurzen Wegen und haben ihre Betriebe in der Nachbarschaft der Kunden.

7. Regionale Allianzen und Wertschöpfungsketten

a. Regionale Wertschöpfungsketten im Lebensmittelbereich

Eine große Bedeutung kommt der intensiveren Entwicklung von regionalen Wertschöpfungsketten zu, die die Stärken von Landwirtschaft, Handwerk und Handel vor Ort zusammenführen können.

b. Regionale Wertschöpfungsketten im Bereich erneuerbarer Rohstoffe

Auch erneuerbare Energien und Rohstoffe entfalten ihre positive ökologische Energiebilanz nur, wenn sie in den Regionen weiterverarbeitet werden, in denen sie produziert werden.

8. Nutzungsmischung – Das Handwerk vor Ort bei den Menschen

Die Dienste und Produkte der Handwerker werden auch dort angeboten, wo der klassische Einzelhandel nicht mehr zu finden ist. Die Betriebe sichern darüber hinaus selbst in strukturell benachteiligten Gebieten qualifizierte wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze. Durchmischte Siedlungsstrukturen sind nicht nur kulturell und sozial attraktiv, sie sind auch aus umweltpolitischer Sicht erstrebenswert.

9. Demographische Entwicklung und Nahversorgung

Gerade ältere Menschen sind auf kurze Wege und eine gute Nahversorgung angewiesen. Auch das ist ein wesentlicher Grund, warum eine Renaissance kleinteiliger Versorgungsstrukturen notwendig ist.

10. Ausblick: Handwerk und Regionalbewegung

Die Regionalbewegung verfolgt das Ziel, Handwerksbetriebe und ihre Vertreter in der Handwerksorganisation im Rahmen einer ‚Regionalkampagne für Deutschland‘ stärker noch als bisher in eine gemeinsame Arbeit einzubeziehen und die Bedeutung des Handwerks für die Regionen in den politischen Raum und in die Öffentlichkeit zu tragen.“

dabei die USA. Treiber dieser Nachfrage war insbesondere der Hausbau in den USA mit extrem hohen Holzbauanteilen. Die Immobilienblase in den USA hat nicht nur den weltweiten Finanzcrash 2008 ausgelöst, ihr Platzen hat auch den Export von Bauholz aus Europa drastisch reduziert.

Nun wird der Standort zum Flop: In Wismar ist Kurzarbeit angesagt (eventuell sogar für ein ganzes Jahr), um die anderen Werke des betreffenden Multis nicht zu gefährden. Denn andernorts bestehen langfristige Lieferverträge. Die Verarbeiter haben dabei ihre ganze Marktmacht ausgenutzt, um mit Waldbesitzern langfristige Lieferverträge (darunter sogar Rahmenverträge mit einem Bundesland bis zum Jahr 2014) mit günstigen Preisen durchzusetzen. Dabei sind wiederum die zu liefernden Festmengen an Sturm- wie Frischholz so hoch, dass dem Rest des Marktes – der mittelständischen Säge- und Holzindustrie – nur Mindermengen zur Verfügung bleiben.

Absurdes geschieht also im Holzmarkt, weil Markt und Staat mehrere ungute Verbindungen eingegangen sind: In Mecklenburg fällt in der Großindustrie Kurzarbeit an, während gleichzeitig in Nordrhein-Westfalen die mittelständische Industrie verdrängt wird. Bald kann die Holzindustrie das Beispiel der Fischereiwirtschaft ablösen, deren Nachhaltigkeit durch den massiven, EU-subventionierten Ausbau der Fangflotte unterhöhlt wurde – was im Jahr 2008 sogar die EU-Kommission selbst zugab (9).

Zurück zum Wald: Der Wald liefert Erträge nicht in Abhängigkeit von Konjunkturzyklen. Gerade aber das langsame Wachstum macht es nötig, sich schon jetzt Gedanken über die Anpassungsfähigkeit der mittel- und süddeutschen Wälder an die zu erwartenden Klimaveränderungen zu machen und einen entsprechenden Waldumbau einzuleiten (10). Ob dazu die langfristigen Rahmenverträge geeignete Maßnahmen sind, steht dahin. Holzmobilisierung allein ist nicht nachhaltig.

**Absurder
Holzmarkt**

Demographie und Daseinsvorsorge

Ein immer stärker in den Vordergrund rückendes Thema sind die Folgen der Bevölkerungsentwicklung. Rückläufige Bevölkerungszahlen betreffen längst nicht nur ostdeutsche Regionen, sondern auch viele städtische und ländliche Regionen in den westlichen Bundesländern. Noch immer verfolgen viele Bürgermeister die Strategie „Mach meinen Nachbarn ärmer“ und versuchen im Wettbewerb um neue Einwohner zu punkten. Hierzu loben sie verschiedenste Prämien aus: von Begrüßungsgeldern über Familienprämien wie kostenlose Kindergartenplätze bis hin zu kommunalen „Eigenheimzulagen“ oder gar zum Verschenken von Baugrundstücken. Der Skandal liegt nicht in diesem Wettbewerb, sondern darin, dass gleichzeitig Bausubstanz im Zentrum der Dörfer und Städte leersteht und verfällt. So werden die in der Erschließung vergleichsweise teuren Baugebiete am Rande der Gemeinde von den verbliebenen Bewohnern des Zentrums subventioniert, während Atmosphäre und Qualität des Zentrums zurückgehen. Es wird Zeit, die Kostenwahrheit in der kommunalen Baulandausweisung zu einem durchgreifenden Prinzip zu machen – und zwar die langfristige Kostenwahrheit für die Bauwilligen und für die Kommune als Gemeinschaft der sie finanzierenden Bürger.

**Kostenwahrheit
gefordert**

Bei rückläufiger Bevölkerungszahl werden Grunddienste der Daseinsvorsorge auf dem Lande immer stärker infrage gestellt oder längst schon ausgedünnt. Im Gesundheitswesen hat aktuell die kassenärztliche Vereinigung darauf reagiert und lässt nun die Altersgrenze für Vertragsärzte fallen. Dies ermöglicht eine gewisse Überbrückung der Landarztversorgung, schafft aber langfristig keine Lösung.

In vielen Bereichen, in denen öffentliche oder private Leistungen eingeschränkt werden, zeigen engagierte Bürger, dass es auch anders geht: Sie organisieren Fahrdienste oder ganze ehrenamtliche Buslinien, erledigen Einkaufsdienste und erhalten Kompensation über Zeitkonten. Hier wird die Idee des Regionalgeldes von der monetären auf eine zeitliche Basis gestellt – und dies funktioniert vielfach gut. Immer mehr finden sich daher gute Beispiele des Bürgerengagements.

**Beispiele für
Bürgerengagement**

Was die Bewohner jedoch nicht ausgleichen können, sind z. B. Grundversorgungsdienste der Post. Der zweite Beitrag in diesem Kapitel des Kritischen Agrarberichts befasst sich mit dem Postfilialnetz und bietet vor allem einen genaueren Blick auf die Situation in Österreich (Autor: Oliver Tamme).

Zukunftsfähigkeit durch Bürgerengagement und Bürgerkapital

Wie lässt sich nun die Abhängigkeit von externen Einflüssen durch Eigeninitiativen verringern? In den vergangenen Jahren sind vielfältige Bürgeraktionen zur Förderung ländlicher Räume entstanden. Etliche davon sind bundesweit im Bundesverband der Regionalbewegung zusammengeschlossen oder machen beim Tag der Regionen auf sich aufmerksam. Bürgerstiftungen engagieren sich dabei meist für soziale Aufgaben. Auch sie aktivieren Bürgerkapital. Doch Bürgerkapital kann auch für andere nachhaltige Zwecke eingesetzt werden. Zwei seien abschließend kurz benannt.

In Freiburg wächst derzeit eine Bürgeraktiengesellschaft (Regionalwert AG) heran, welche landwirtschaftliche Betriebe ohne Nachfolger aufkauft, um sie an Jung-Bauern ohne eigenen Hof zu verpachten. So wird gleichzeitig verschiedenen Zielen gedient: Flächen und Hof fallen nicht brach oder an Großunternehmen, junge Agrarier bekommen einen Hof zur Bewirtschaftung. Auf Anbauweise, Landschaftsnutzung und regionalwirtschaftliche Einbindung können die Bürger als Anteilseigner Einfluss nehmen.

Vielerorts haben die Möglichkeiten dezentraler erneuerbarer Energie zu Überlegungen geführt, hier nicht externes Kapital zu suchen oder in der Abhängigkeit von marktbeherrschenden Energieversorgungsunternehmen zu verharren, sondern in Beteiligungsgesellschaften die Bürger vor Ort als Anleger für ihre eigene nachhaltige Energieversorgung zu gewinnen. Was einst Bürgerwindparks vorgemacht haben, funktioniert genauso bei Solaranlagen und anderen örtlichen Energiekonzepten bis hin zu Nahwärmenetzen auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Hier gründen Bürger neue Unternehmen und ersetzen die Stadtwerke so durch „Bürgerwerke“.

Es ist zu hoffen, dass diese Modelle des Bürgerkapitals noch viel stärker greifen – nicht nur als „sichere“ Geldanlage in der Region, sondern vor allem, um den Umbau der Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit voranzutreiben.

Bürgerkapital für nach- haltige Zwecke

Anmerkungen

- (1) N. Stern (2006): Stern Review on the Economics of Climate Change. London. Stern Report.
- (2) P. Sukhdev (2008): The Economics of Ecosystems & Biodiversity (TEEB).
- (3) Siehe hierzu den Beitrag von Katrin Hilpert und Jörg Knieling „Politik für ländliche Räume in Deutschland“ im Kritischen Agrarbericht 2008, S. 158–164.
- (4) Wesentliche Beiträge der Konferenzreihe einschließlich der Schlusskonferenz auf der IGW 2008 sind enthalten in: Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 217: Zukunft ländlicher Räume, Stuttgart: Kohlhammer 2008.
- (5) Zum Beispiel M. Spangenberg und R. Kawka (2008): Neue Raumtypisierung – ländlich heißt nicht peripher. In: Ländlicher Raum, 59 (2008) 02, S. 27–31.
- (6) So auch: G. Kroes und S. Elbe (2008): Strategiewechsel zur Förderung des ländlichen Raums: Notwendig, erprobt, aber politisch blockiert. In: Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 217: Zukunft ländlicher Räume, Stuttgart: Kohlhammer 2008, S. 88–107
- (7) www.bioenergie-regionen.de.
- (8) A. Mengel et al. (2008): Naturschutzrelevanz raumbedeutsamer Auswirkungen der Energiewende. F+E-Vorhaben FKZ 806 82 110. Bundesamt für Naturschutz.
- (9) EU-Commission. Commissioner for Maritime Affairs and Fisheries (2008): Reflections on further reform of the Common Fisheries Policy. Commission Working Document. Brüssel
- (10) Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian Ammer: „Welche Baumarten trotzen dem Klimawandel?“ in diesem Agrarbericht (s. u. S. 199–203).
- (11) Download des Positionspapiers unter http://www.t-d-r.de/Downloads/ZDH/Positionspapier_ZDH_BRB.pdf.

Autor

Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne
Fachgebiet Ökonomie der Stadt-
und Regionalentwicklung.

Universität Kassel FB 06
(Architektur, Stadtplanung,
Landschaftsplanung)
Henschelstr. 2
34127 Kassel
E-Mail: hahne@uni-kassel.de

